AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Türkei Jahresbericht 2021

Im September 2020 erlitten Osman Şiban und Servet Turgut schwere Verletzungen, nachdem sie von einer großen Gruppe von Soldaten in der Provinz Van festgenommen und geschlagen worden waren, wie Osman Şiban aussagte. Servet Turgut verstarb am 30. September im Krankenhaus. Erklärungen des Gouverneursamtes von Van und des Innenministers widersprachen den Aussagen von Augenzeugen und Osman Şiban. Eine von der Staatsanwaltschaft Van eingeleitete strafrechtliche Untersuchung der Foltervorwürfe wurde mit einer Geheimhaltungsanordnung belegt. Im Oktober wurden vier Journalisten, die über den Fall berichtet hatten, in Van verhaftet, weil sie „Mitglieder einer terroristischen Organisation“ seien und weil sie für die Nachrichtenagenturen, für die sie arbeiteten, Nachrichten über „öffentliche Vorfälle im Sinne der PKK/KCK [Union der Gemeinschaften Kurdistans] und zum Nachteil des Staates“ verbreiteten.
Im Dezember wurde einem Untersuchungshäftling im Gefängnis von Diyarbakır, Mehmet Sıddık Meşe, der Zugang zu dringender medizinischer Versorgung und zu einer Untersuchung durch gerichtsmedizinisches Personal verweigert, nachdem er angeblich von Gefängniswärtern schwer geschlagen worden war. Bis zum Jahresende haben die Strafverfolgungsbehörden keine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet.

Im Februar berichtete Gökhan Türkmen, einer der sieben Männer, denen Verbindungen zur Fethullah-Gülen-Bewegung vorgeworfen werden und die seit 2019 „verschwunden“ sind, vor Gericht über die Folter und andere Misshandlungen, denen er während der 271 Tage seines „Verschwindenlassens“ ausgesetzt war. Das Gericht forderte die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung seiner Vorwürfe.
Der Verbleib von Yusuf Bilge Tunç, der im August 2019 „verschwunden“ war, bleibt auch Ende 2020 unbekannt.

Die Türkei beherbergt weiterhin die größte Flüchtlingsbevölkerung der Welt: rund 4 Millionen Menschen, darunter 3,6 Millionen Syrer. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei aus dem Jahr 2016, das europäische Finanzhilfen zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei im Gegenzug für die Zusammenarbeit bei der Migrationskontrolle und der Rückführung vorsieht, wird weiterhin angewandt.
Nach der Ankündigung der Öffnung der EU-Grenzen am 27. Februar förderte und erleichterte die Türkei rücksichtslos die Bewegung von Asylsuchenden und Migranten zur griechischen Landgrenze, wo es bei gewaltsamen Zurückdrängungen zu Toten und Verletzten kam. Ende März entfernen die türkischen Behörden die Menschen aus dem Grenzgebiet.

Einem im Oktober veröffentlichten NGO-Bericht zufolge hat die Türkei im Laufe des Jahres mehr als 16.000 Syrer nach Syrien abgeschoben. Eine Gruppe von Syrern berichtete im Mai, dass sie gewaltsam nach Syrien zurückgeschickt wurden und unter Druck gesetzt wurden, Dokumente zu unterschreiben, in denen sie erklärten, dass sie zurückkehren wollten.[1]
Im September schob die Türkei nach UN-Angaben rund 6.000 Menschen nach Afghanistan ab, obwohl die Lage im Land immer noch keine sichere und würdige Rückkehr zuließ.

1 https://www.amnesty.org/en/documents/eur44/2429/2020/en/?utm_source=annual_report&utm_medium=pdf&utm_campaign=2021&utm_term=english